DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 011

Erstellung eines Positionspapiers zum Thema „Russland und DIE LINKE“

Beschluss des Landesvorstands vom 22. November 2019

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen bittet die Internationale Kommission beim Parteivorstand der LINKEN um die Erarbeitung eines Positionspapiers zum Themenfeld „Russland und DIE LINKE“ (Arbeitstitel). Dieses Positionspapier soll spätestens zum 8.Mai 2020 vorliegen und zur politischen Debatte in den Kreis- und Ortsverbände, in den Landesweiten Zusammenschlüssen und im Jugendverband übergeben werden. Im Kalenderjahr 2020 wird eine Beschlussfassung dazu durch eine gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand angestrebt.
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

Dafür: mehrheitlich Dagegen: 0 Enthaltungen: 3

F.d.R.

Dresden, 22. November 2019

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Begründung:

Auf dem letzten Landesparteitag unserer Partei, aber auch bereits auf Parteitagen der Bundesebene entstanden sehr kontroverse Debatten an Hand der Formulierung „Frieden mit Russland“, die in verschiedener Form zum Beschluss stand. Wir möchten eine gründliche Debatte in der Partei zu den beiden damit verbundenen Themenfeldern, nämlich den Anforderungen der LINKEN an die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zum einen und unserer Einschätzung und Verhältnis zur innenpolitischen und gesellschaftlichen Lage in der Russischen Föderation zum anderen verbinden.

Zweck dieser Debatte ist, dass dieses komplexe Thema nicht mehr nur verkürzt im Rahmen von Antragsdebatten behandelt wird, sondern ihm die angemessene Gründlichkeit zukommt.